



## Wortprotokoll der 40. Sitzung

### Wirtschaftsausschuss

Berlin, den 19. April 2023, 09:00 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.200  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Michael Grosse-Brömer, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### Einzigiger Tagesordnungspunkt

Seite 4

a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Politische und wirtschaftliche Beziehungen zu  
Lateinamerika stärken –  
Assoziierungsabkommen zwischen der  
Europäischen Union und den  
Mercosur-Staaten in Kraft setzen**

**BT-Drucksache 20/4887**

**Federführend:**

Wirtschaftsausschuss

**Mitberatend:**

Auswärtiger Ausschuss  
Rechtsausschuss  
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit  
und Verbraucherschutz  
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Entwicklung  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen  
Union

b) Antrag der Abgeordneten Alexander Ulrich,  
Christian Leye, Andrej Hunko, weiterer  
Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

**EU-Mercosur-Abkommen neu verhandeln -  
Für eine faire Wirtschafts- und Handelspolitik**

**BT-Drucksache 20/5980**

**Federführend:**

Wirtschaftsausschuss

**Mitberatend:**

Auswärtiger Ausschuss  
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit  
und Verbraucherschutz  
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe  
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
Entwicklung  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen  
Union



### Sachverständigenliste

S. E. Fernando **Brun**<sup>1</sup>  
Botschafter der Argentinischen Republik  
10787 Berlin

Constanze **Clodius**<sup>2</sup>  
Leiterin Vorstandsbüro Berlin der IGBCE  
10179 Berlin

Lis **Cunha**<sup>3</sup>  
Handelsexpertin Greenpeace e.V.  
20457 Hamburg

Prof. Dr. Till Patrik **Holterhus**, MLE. LL.M. (Yale)<sup>4</sup>  
Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insb. Staatsrecht und Verwaltungsrecht  
Leuphana Universität Lüneburg (Leuphana Law School)  
21335 Lüneburg

Dr. Katrin **Kamin**<sup>5</sup>  
Ifw KIEL INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT Globalisierung, Internationaler Handel  
24105 Kiel

Kira **Potowski**<sup>5</sup>  
Leiterin der AHK Uruguay  
Deutsch-Uruguayische Industrie- und Handelskammer Montevideo/Uruguay

Dr. Volker **Treier**<sup>2</sup>  
Mitglied der Hauptgeschäftsführung Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK)  
10178 Berlin

---

<sup>1</sup> Auf Vorschlag der Fraktion der FDP zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

<sup>2</sup> Auf Vorschlag der Fraktion der SPD zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

<sup>3</sup> Auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE. zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

<sup>4</sup> Auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

<sup>5</sup> Auf Vorschlag der Fraktion der CDU/CSU zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

**Mitglieder des Ausschusses**

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Arlt, Johannes Bartz, Alexander Katzmarek, Gabriele Limbacher, Esra Poschmann, Sabine Roloff, Sebastian Töns, Markus Walter, Hannes Werner, Lena Westphal, Bernd	Gremmels, Timon Hubertz, Verena Junge, Frank Kreiser, Dunja Kröber, Martin Marvi, Parsa Mehltretter, Andreas Schmidt, Uwe Seitzl, Dr. Lina Weingarten, Dr. Joe
CDU/CSU	Durz, Hansjörg Grosse-Brömer, Michael Klöckner, Julia Kuban, Tilman Linnemann, Dr. Carsten Loos, Bernhard Metzler, Jan Rouenhoff, Stefan Willsch, Klaus-Peter	Connemann, Gitta Gramling, Fabian Körber, Carsten Mörseburg, Maximilian Ramsauer, Dr. Peter Scheuer, Andreas Spahn, Jens Stetten, Christian Frhr. von Wiener, Dr. Klaus
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Außendorf, Maik Banaszak, Felix Detzer, Dr. Sandra Kopf, Chantal Sekmen, Melis	Badum, Lisa Beck, Katharina Herrmann, Bernhard Sacher, Michael Spallek, Dr. Anne Monika
FDP	Bauer, Nicole Houben, Reinhard Todtenhausen, Manfred Ullrich, Gerald	Cronenberg, Carl-Julius Klein, Karsten Köhler, Dr. Lukas Reinhold, Hagen
AfD	Holm, Leif-Erik Kaufmann, Dr. Malte Komning, Enrico Schulz, Uwe	Espendiller, Dr. Michael Münzenmaier, Sebastian Schattner, Bernd Ziegler, Kay-Uwe
DIE LINKE.	Leye, Christian Meiser, Pascal	Dağdelen, Sevim Ulrich, Alexander

\* Die unterschriebenen Anwesenheitslisten sowie die Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Video-/Telefonkonferenz werden dem Originalprotokoll beigelegt und sind während der laufenden und der darauf folgenden Wahlperiode im Sekretariat des Wirtschaftsausschusses und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar.



Beginn der Sitzung: 9:03 Uhr

### **Einziges Tagesordnungspunkt**

a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

#### **Politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Lateinamerika stärken – Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten in Kraft setzen**

##### **BT-Drucksache 20/4887**

b) Antrag der Abgeordneten Alexander Ulrich, Christian Leye, Andrej Hunko, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

#### **EU-Mercosur-Abkommen neu verhandeln - Für eine faire Wirtschafts- und Handelspolitik**

##### **BT-Drucksache 20/5980**

Der **Vorsitzende**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie alle sehr herzlich hier im Sitzungssaal, insbesondere natürlich die Kolleginnen und Kollegen des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages und Frau Kollegin Dr. Franziska Brantner, Parlamentarische Geschäftsführer... nein: Staatssekretärin — manchmal holt mich mein alter Job noch ein — Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz. Ein herzliches Willkommen richte ich auch an die Sachverständigen, über die wir uns heute ganz besonders freuen, dass sie Ihren Sachverstand zur Verfügung stellen hier im Wirtschaftsausschuss. Wir haben sieben Sachverständige, die ihr Kommen oder ihre Teilnahme zugesagt haben. Drei davon werden virtuell zugeschaltet, und zwar heute über die Plattform Zoom, nicht über Webex, so wie wir das gewohnt sind, weil nämlich die Antworten des argentinischen Botschafters, seine Exzellenz Fernando Brun, den ich sehr herzlich als Sachverständigen in unserer Mitte begrüße, simultan gedolmetscht werden. Deswegen haben wir zwei Dolmetscher über den sogenannten Dolmetscher-Hub hinzugeschaltet. Kopfhörer sind deswegen vor Ihnen platziert. Jedenfalls sollte das so sein. Wenn es nicht der Fall ist, bitte ich um einen kurzen Hinweis. Aber das scheint wieder, wie eigentlich immer bei uns, gut vorbereitet zu sein. Dann kann ich mitteilen, dass als Sachverständige benannt wurden:

Seine Exzellenz Fernando Brun als Botschafter der Argentinischen Republik, hier in Berlin,

Frau Constanze Clodius, per Zoom zugeschaltet – einen guten Morgen! –, Leiterin Vorstandsbüro der IGBCE.

Zugeschaltet per Zoom ist ebenfalls

Lis Cunha, Handelsexpertin bei Greenpeace, aus Hamburg. Ich habe gestern versucht, von Hamburg aus mit ein paar Zügen loszufahren. Vielleicht ist es eine kluge Entscheidung von Ihnen, sich jetzt zuzuschalten. Ich habe ein bisschen länger gebraucht gestern. Aber man weiß ja nicht, wer sich wohin klebt in Deutschland heutzutage, deswegen ist es ganz gut, dass Sie uns zugeschaltet sind.

Ich begrüße auch sehr herzlich:

Dr. Katrin Kamin vom Kieler Institut für Weltwirtschaft. Sie sind für Globalisierung, internationalen Handel zuständig, ein wichtiger Fachbereich, der vielfach für Wohlstand in Deutschland auch gesorgt hat, ich hoffe, das bleibt so.

Dann haben wir per Zoom zugeschaltet:

Kira Potowski, Leiterin der AHK in Uruguay, aus Montevideo sind Sie zugeschaltet. Wenn ich das richtig sehe, wollen da Teile des Ausschusses auch irgendwann noch mal hin mit Blick auf das wichtige Handelsabkommen Mercosur. Ich hoffe, das Wetter ist gut. Und Ihnen geht es gut und herzlich willkommen hier im Ausschuss. Wie spät ist es bei Ihnen jetzt eigentlich, um gleich einmal die Verbindung zu testen?

Sve **Kira Potowski** (AHK Uruguay): Vier Uhr früh. Und Technikcheck ab um drei.

Der **Vorsitzende**: Ich werde mit denen reden, die Sie als Sachverständige benannt haben. Bitte, also vier Uhr ist irgendwie eine schlechte Baustelle – und Technikcheck... Ich wollte sagen, Sie sehen blendend aus, und ich freue mich, dass Sie so ausgeschlafen und fit hier zugeschaltet sind, herzlich willkommen. Wir machen es auch nicht all zu oft, glaube ich, das können wir zusagen, aber trotzdem sind wir natürlich dankbar für Ihren Sachverstand.

Und dann haben wir noch:

Dr. Volker Treier als Mitglied der Hauptgeschäftsführung der DIHK, herzlich



willkommen, Sie sind ja vielen auch bekannt hier.

Natürlich sind auch die Fachbeamten des Ministeriums wie immer willkommen, nicht nur bei Anhörungen, sondern grundsätzlich, und auch die Vertreterinnen und Vertreter der Länder und der Medien sind hier immer wieder gern gesehen, wie auch alle Gäste und natürlich auch diejenigen, die uns live übers Parlamentsfernsehen oder das Internet zuschauen, denn diese Sitzung wird aufgezeichnet, später wird sie auch in der Mediathek des Deutschen Bundestages verfügbar sein. Ich finde, das ist angesichts der Bedeutung des Themas, auch nicht nur deshalb, aber insbesondere deshalb, eine gute Idee, denn die Informationen, die wir heute Morgen bekommen werden, sind sicherlich sehr wichtig und wertvoll. All diejenigen, die uns per Videotechnik zugeschaltet sind, die bitte ich jetzt ihre Stummschaltung zu aktivieren. Natürlich gilt das für die Sachverständigen nur so lange, bis sie antworten müssen, aber für alle anderen ist es eine kluge Einrichtung, damit wir nicht mitbekommen, was bei Ihnen zu Hause passiert, und dass Sie auch besser mitbekommen können, was hier passiert. Die öffentliche Anhörung befasst sich heute mit folgenden Anträgen:

Wir haben den Antrag der Fraktion der CDU/CSU mit dem Titel „Politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Lateinamerika stärken. Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten in Kraft setzen“. Das ist die Bundestagsdrucksache 20/4887.

Und wir haben den Antrag der Fraktion DIE LINKE mit dem Titel „EU-Mercosur-Abkommen neu verhandeln für eine faire Wirtschafts- und Handelspolitik“. Das ist die Drucksache des Deutschen Bundestages 20/5980.

Zum Ablauf der heutigen Sitzung: Die Kolleginnen und Kollegen wissen das, aber für alle, die vielleicht nicht so häufig bei unseren Anhörungen dabei sind, denen kann ich sagen, wir führen die Befragung unter Berücksichtigung der Stärkeverhältnisse der Fraktionen durch. Die zur Verfügung stehende Zeit beläuft sich auf anderthalb Stunden. Deswegen sind wir auch darauf angewiesen, effizient und zügig diese Anhörung zu organisieren. Und es ist eben auch klug, wenn sich die Abgeordneten, die Fragenden

und die Sachverständigen dann möglichst kurzfassen. Wir sind mit allen Fraktionen übereingekommen, dass wir pro Wortmeldung eine maximale Redezeit von drei Minuten für Frage und Antwort einhalten wollen. Und bei Zeitüberschreitung müsste ich im Interesse aller dann als Vorsitzender intervenieren. Ich versuche, das jeweils auf eine freundliche und nette Art zu tun, ob mir das gelingt, werden wir dann sehen. Aber es gilt logischerweise der Grundsatz: Je kürzer die Frage, umso mehr Zeit steht für die Antwort zur Verfügung. Die Kolleginnen und Kollegen kennen diesen Satz und ich bitte alle nochmal darum, auch daran zu denken, zu Beginn ihrer Frage den Namen beziehungsweise den Sachverständigen, an den sich die Frage richtet, dann auch nochmals zu nennen. Angesichts der beschränkten Zeit, die wir haben, verzichten wir auch – traditionell – auf Eingangsstatements der Sachverständigen. Wir haben schriftliche Stellungnahmen, und die sind auch verteilt worden, soweit sie uns vorlagen. Sie stehen im Übrigen auch auf der Internetseite unseres Ausschusses zur Verfügung. Zu der Anhörung wird ein Wortprotokoll erstellt und zur Erleichterung der Protokollerstellung werden die Sachverständigen von mir dann noch einmal namentlich aufgerufen. Dann wollen wir mit der Befragung beginnen. Dem Stärkeverhältnis entsprechend beginnt die SPD-Fraktion und dort in persona Bernd Westphal, bitte schön.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Staatssekretärin. Herzlichen Dank, meine Damen und Herren Sachverständigen, dass Sie uns zur Verfügung stehen. Ein wichtiges Thema im Freihandel ist das Abkommen Mercosur, seit 20 Jahren verhandelt, und deshalb meine Frage an Dr. Treier: Es ist ein Wirtschaftsraum, Freihandelsraum mit 710 Millionen Menschen, ein enormes Potenzial auch für die deutsche Wirtschaft. Nun ist seit 20 Jahren verhandelt worden und mich würde interessieren, wie Sie das bewerten, die Inhalte des Abkommens, die Regelungen, die dort erreicht wurden, der Abbau von Zöllen und andere Dinge, ein enormes Potenzial für die deutsche Wirtschaft in diesem Markt. Man hat es auf der Hannover Messe gesehen: Viele innovative Produkte, die dort außerhalb der EU einen Markt finden würden. Wie beurteilen Sie das? Das würde mich interessieren.

SV **Dr. Volker Treier** (DIHK): Danke, Herr



Westphal, für die Frage und danke für die Einladung. Es ist viel Zeit vergangen, doch jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um das Abkommen abzuschließen. Wir haben verschiedene Umfragen, die sagen, ich meine, es ist viel mit großen Begriffen -- Es macht die Runde: Dekarbonisierung, Resilienz, Diversifizierung. Aus Sicht von vielen international aktiven deutschen Unternehmen ist Diversifizierung nicht nur ein Schlagwort, sondern das ist eine Notwendigkeit. Wir haben die Unternehmen befragt: Mehr als 50 Prozent sagen, wir müssen auf die geopolitischen Risiken reagieren durch die Suche nach neuen Lieferanten, durch die Suche nach neuen Absatzmärkten, durch die Erschließung von Rohstoffquellen, durch Produktionsverlagerung. Und die Lieferantensuche, die dominiert. Und gleichzeitig haben wir eine Welt, in der Protektionismus um sich greift. Wir sehen, dass in unserer Befragung, die wir seit 2005 jährlich durchführen, 56 Prozent der Unternehmen sagen: „Neue zusätzliche Handelshemmnisse sind auf uns zugekommen.“ Und viele Handelshemmnisse bestehen auch in den lange tradierten Beziehungen zu den Mercosur Ländern. Gleichermaßen, nächste Frage und letzte Frage, auf die ich rekurre: Der Markt Mittel- und Südamerika, also sagen wir Lateinamerika, ist in der Wahrnehmung der deutschen Unternehmen, die auslandsaktiv sind, von steigender Bedeutung. Und deshalb kann dem Abkommen gar keine höhere Bedeutung mehr zukommen. Wir sollten jetzt ratifizieren. Und das, was ausverhandelt ist, ist in weiten Bereichen wirklich ein modernes Abkommen mit Nachhaltigkeitskapiteln, der Erschließung von wichtigen Märkten, wie Beschaffungsmärkten, die bis zu 20 Prozent der jeweiligen Bruttoinlandsprodukte ausmachen, eine Verbesserung in puncto Regelsetzung auch mit Blick auf globale Mitbewerber wie China, die auf den lateinamerikanischen Märkten schon enorm aktiv sind, also bei den Standards und der Entwicklung der Standards – Living Agreement – sehr positiv. Also kurzum: Wir sollten jetzt zum Zuge kommen!

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Dr. Treier, auch, weil Sie in der Zeit blieben. Jetzt will ich schnell ein Versäumnis korrigieren. Ich habe auf meiner ersten Sachverständigenlistenseite nur die Damen vorgestellt. Das gebot einerseits die Höflichkeit, aber andererseits ist es nicht höflich, wenn ich dann den Prof. Dr. Holterhus nicht

genannt habe, der von der Leuphana-Universität Lüneburg auch schon einmal bei uns war, zu einem anderen Thema, auch Sie sind natürlich herzlich willkommen. Sehen Sie mir nach, dass ich Sie vergaß, aber die Damen waren jetzt erst einmal wichtiger. Aber in puncto „sachverständig“ will ich Ihnen das auf keinen Fall unterstellen, dass es so ist. Auch Sie sind uns herzlich willkommen Und für die CDU/CSU bekommt jetzt das Wort Stefan Rouenhoff für die erste Frage.

Abg. **Stefan Rouenhoff** (CDU/CSU): Meine Frage geht an Frau Dr. Kamin. Ich denke, wir haben gerade schon erste Äußerungen, erste Einschätzungen zur wirtschaftlichen Bedeutung des Abkommens bekommen. Ich würde Sie gerne noch einmal fragen, weil die wirtschaftliche Bedeutung wirklich auch noch einmal tiefer analysiert werden muss, wie Sie diese Bedeutung beurteilen, die wirtschaftliche Bedeutung des Abkommens für die deutsche Wirtschaft, für den deutschen Mittelstand, vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Lage, und Sie auch bitten, dass Sie nochmals eine Einordnung vornehmen, welche Bedeutung dieses Abkommen im Verhältnis zu anderen Freihandelsabkommen hat. Danke.

Sve **Dr. Katrin Kamin** (Ifw): Vielen herzlichen Dank. Ich gebe mir Mühe. Ich rede schnell, um alles unterzubringen. Also, für die deutsche Wirtschaft --

Der **Vorsitzende**: Sie dürfen gleich auch länger, manchmal wird man auch noch zum zweiten Mal gefragt. Man muss nicht alles bei der ersten --

Sve **Dr. Katrin Kamin** (Ifw): Ja, ich versuche, das zu vermeiden. Nein. Also, für die deutsche Wirtschaft, aber ebenso für die europäische Wirtschaft hat das Abkommen immense Bedeutung. Das kann man eigentlich ungefähr gespiegelt betrachten. Es ist sehr ähnlich auf deutscher Ebene wie auf europäischer Ebene. Zum einen natürlich durch die Zollsenkungen, die vorgesehen sind, aber nicht nur im tarifären Bereich, sondern auch im nicht-tarifären Bereich enthält das Abkommen viele Verbesserungen für den Marktzugang auch von deutschen Unternehmen. Das ist relativ wichtig. Nicht nur die direkten Exporte deutscher Unternehmen werden betroffen, also positiv betroffen, sondern auch die indirekten dadurch, dass Deutschland sehr



produktionsvernetzt ist, innerhalb der EU. Das, denke ich, ist auch noch ein wichtiger Punkt. Aber auch die Absenkung der Zölle ist, insbesondere natürlich für die Industriesektoren, die jetzt schon mehr als 70 Prozent der Exporte nach dem Mercosur ausmachen, aber auch für alle anderen Sektoren sehr wichtig, weil die Mercosur-Staaten derzeit noch Spielraum nach oben haben, zum meistbegünstigten Zoll, und diesen Spielraum auch ausnutzen. Das heißt, wir haben hier eine hohe Unsicherheit für deutsche Unternehmen und auch für europäische Unternehmen, da die Zölle jederzeit angehoben werden können. Das sind, denke ich, die wichtigsten Punkte.

Wichtig ist aber auch, natürlich, Herr Treier hat es schon angesprochen, der Zugang zu Rohstoffen. Der ist, denke ich, nicht zu vernachlässigen. Sie sprachen von den geopolitischen -- also das war jetzt wirklich das Volkswirtschaftliche, die volkswirtschaftlichen Vorteile, aber ich denke, es ist sehr wichtig, das geopolitische Gewicht dieses Abkommens zu beurteilen. Zum einen, weil die EU damit ihren Stand als geopolitischer Player auch festigen könnte, weltweit. Zum anderen aber auch, weil sie ein Gegengewicht setzen könnte, zum Beispiel zum RCEP [Regional Comprehensive Economic Partnership]. Das RCEP ist in wesentlich kürzerer Zeit verhandelt worden, es ist das größte Freihandelsabkommen der Welt. Und was das Abkommen mit dem Mercosur schaffen könnte, wäre zumindest die zweitgrößte Handelszone der Welt zu werden. Ich denke, um ein Gegengewicht dazu zu schaffen, auch vor dem Hintergrund der Diversifizierung, die Herr Treier schon angesprochen hatte, die wahnsinnig wichtig ist, die Unabhängigkeitsmachung von China, die ja in aller Munde ist, dafür ist die schnelle Ratifizierung des Abkommens wichtig.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Dr. Kamin. Jetzt bekommt Chantal Kopf für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

[Das Mikrofon brummt.]

Ja, unsere Technik kann nicht beides --

Abg. **Chantal Kopf** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, hier scheinen schon Erfahrungen zu bestehen mit den technischen Hürden. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Professor Holterhus. Die EU hat sich ja auf die Umsetzung einer nachhaltigen Handelspolitik

festgelegt in ihrer neuen Strategie und ebenso auch die Bundesregierung im Koalitionsvertrag und in der Handelsagenda der Ampel. Und zwar, wenn ich da für uns Grüne sprechen darf, auch aus einer tiefen politischen Überzeugung, dass wenn alle feststellen, wir können das Klima nur global retten, bedeutet das eben auch die Verankerung etwa von internationalem Waldschutz in der Außenhandelspolitik. Und genau dazu, also zu einer Außenhandelspolitik, die den internationalen Waldschutz mit einbezieht, ist die EU meines Wissens, das ist ja auch Ihre Auffassung, durch Unionsrecht verpflichtet. Können Sie das noch einmal einordnen, diese rechtliche Verpflichtung? Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Kleiner Augenblick noch, vielleicht der Hinweis, dass man grundsätzlich diese Ladegeräte dann vom Mikro weghält. Das ist leider so, es soll schon eine Technik geben, die beides zeitgleich ermöglicht. Aber wir haben sie noch nicht zur Verfügung. Vielen Dank für die Frage. Herr Prof. Holterhus!

SV **Prof. Dr. Till Patrik Holterhus** (Leuphana Universität Lüneburg): Ganz herzlichen Dank, Frau Kopf. Ja, in der Tat, das ist eine spannende Frage. Eine Dimension, die meiner Meinung nach bisher unterbelichtet oder unterbetrachtet ist, könnte man vielleicht sagen. Es ist in der Tat so, dass bei den gegenwärtigen Verhandlungen, die ja noch andauern in gewisser Art und Weise, zwischen der EU und den Mercosur-Staaten, häufig der Eindruck entsteht, dass die Frage, in welchem Umfang ein Nachhaltigkeitskapitel Teil dieses Mercosur-Abkommens würde, und insbesondere ein Kapitel, das eben auch den Regenwald und die anderen großen Wälder in den Mercosur-Staaten schützt, eine politische Entscheidung wäre, die rechtlich nicht determiniert ist. Ich bin ja heute hier als Unionsverfassungsrechtler und Völkerrechtler und kann aus meiner Perspektive dazu sagen, dass es eben nicht ganz so ist, dass die Außenpolitik, insbesondere die Außenpolitik der EU, völlig im luftleeren politischen Raum stattfindet, sondern in der Tat durch das Unionsverfassungsrecht, anders als in vielen anderen Rechtsordnungen, recht intensiv determiniert wird. Es gibt den Artikel 21 des EU-Vertrages, der relativ explizit sagt, worum sich die EU im Rahmen ihrer Außenpolitik und insbesondere auch Außenhandelspolitik kümmern muss, und dazu zählt explizit auch der Schutz der



Nachhaltigkeit und der natürlichen Ressourcen. Was dazu führt, dass der gegenwärtige Inhalt dieser Verhandlungen, insbesondere dort, wo es um Nachhaltigkeit und um Waldschutz geht, nicht alleine eine Frage der politischen Opportunität ist, sondern auch der unionsverfassungsrechtlichen Gebotenheit. Das sollte meines Erachtens bei der gesamten Frage, inwieweit dieses Kapitel oder dieses Abkommen jetzt genutzt wird, um solche Aspekte zu berücksichtigen, weiterhin eine Rolle spielen und Beachtung finden. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Für die FDP-Fraktion Reinhard Houben.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Ich möchte die Frage stellen an Seine Exzellenz, Herrn Brun. Herr Vorsitzender, Frau Parlamentarische Staatssekretärin, Herr Botschafter, wie bewertet die argentinische Regierung das Assoziierungsabkommen und insbesondere den Freihandelsteil? Und wie wird das Abkommen auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite in Argentinien bewertet?

Der **Vorsitzende**: Herr Botschafter, wir freuen uns auf Ihre Antwort.

SV S. E. **Fernando Brun** (Botschafter der Argentinischen Republik): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, erst einmal danke für die heutige Einladung. Es ist mir ein Privileg, hier zu sein. Argentinien als temporärer Präsident des Mercosur teilt das Ziel, das Abkommen zwischen dem Mercosur und der Europäischen Union voranzutreiben und arbeitet stark in diese Richtung. Die Ratifizierung des Abkommens ist ein notwendiges politisches Signal mit geostrategischer Bedeutung. Die Welt, in der das Abkommen verhandelt wurde, hat sich verändert. Zwischen 2019 und 2022 haben sich eine Reihe globaler disruptiver Faktoren gestellt. Die COVID-19-Pandemie, die Klimakrise und – last but not least – der russische Einmarsch in der Ukraine, unter denen die Welt politisch, wirtschaftlich, sozial und ökologisch miteinander in Beziehung steht. Das Abkommen, wie es 2019 geschlossen wurde, spiegelt ein ungleiches Gleichgewicht zwischen sehr asymmetrischen Partnern wider. Das Abkommen muss die Komplementarität fördern und die Entwicklung beider Regionen unterstützen. Das ist nicht der Fall, wenn der Mercosur weiterhin dazu neigt,

seine Exporte auf Primärprodukte zu konzentrieren, und wenn in kritischen Sektoren keine Zeitpläne berücksichtigt werden. Die Rede von Bundeskanzler Scholz bei der Eröffnung der Hannovermesse, die seinen Besuch mit Frau Brantner in Buenos Aires widerspiegeln, sind vielversprechend. Das Abkommen muss produktive Auswirkungen auf die Wirtschaft und Gesellschaft beider Blöcke gewährleisten. Die argentinische Regierung sieht das Assoziierungsabkommen sehr positiv. Jedoch gibt es Bedenken hinsichtlich des Freihandelsteils. Das Abkommen kann und muss ein Katalysator für Investitionen in strategischen und geostrategischen Sektoren wie Energie, mit Schwerpunkt auf erneuerbaren, sowie nachhaltigem Bergbau, Lebensmittel, wissensbasierte Dienstleistungen, Gesundheit, unter anderem. Argentinien und der Mercosur haben konkrete Möglichkeiten, sich auf eine erfolgreiche Weise in diese Wertschöpfungsketten einzubinden, wenn geeignete Politiken umgesetzt werden. Danke.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Botschafter, auch dafür, dass Sie uns in Deutsch geantwortet haben. Das spart nicht unbedingt Zeit, wir haben sogar eine Simultanübersetzung, aber trotzdem ist es eine Frage der Höflichkeit. Vielen Dank, dass es so war. Und Frau Dr. Brantner hat bestätigt, dass Ihr Besuch in Argentinien nicht nur erfolgreich, sondern auch sehr angenehm und schön war, was ich angesichts der Schönheit Ihres Landes auch verstehen kann. Gut, dann kommen wir zu der Frage der AfD-Fraktion und Herr Dr. Kaufmann hat das Wort.

Abg. **Dr. Malte Kaufmann** (AfD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich wollte auch eine Frage stellen an Sie, Herr Botschafter, Exzellenz, Sie haben gesagt, Sie freuen sich über ein Handelsabkommen, aber da gibt es doch noch einiges, was man nacharbeiten muss. Und vielleicht können Sie noch einmal konkret darauf eingehen, welche Interessen Argentiniens aus Ihrer Sicht nicht berücksichtigt wurden, also wo man jetzt hier noch nachverhandeln muss. Und vielleicht auch, welchen Zeitrahmen das vielleicht noch mit sich bringt aus Ihrer Sicht?

SV S. E. **Fernando Brun** (Botschafter der Argentinischen Republik): Aus Argentinien arbeiten wir an der Entwicklung einer Handelspolitik auf die gleiche Weise wie Sie. Wir





öffnen uns der Welt, indem wir ein dynamisches und wertschöpfendes Exportmodell etablieren. Dass die Einführung von Produkten und Dienstleistungen in immer mehr und neuen Märkten erfordert, dass weitere Regionen zusammenarbeiten müssen und sich verpflichten, über Wertschöpfungsketten zum Abkommen hinzuführen, das nationale und Zwischenblöcke-Strategien ermöglicht, um sozial und ökologisch nachhaltige Produktionsverknüpfungen zu entwickeln. Jede Strategie, die die Europäische Union als strategisch für ihre wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung identifiziert – der Industrieplan, der „Grüne Pakt“ zum Beispiel – sollte auf die Länder des Mercosur gewissermaßen ausgeweitet und geteilt werden, um qualitativ hochwertige Investitionen und Beschäftigung in beiden Blöcken zu erreichen. Der Klima-Club, den Deutschland promoviert, ist ein sehr interessantes Instrument dafür, spezifisch für die Dekarbonisierung der Industrien. Das hat ein großartiges Potenzial in Mercosur-Ländern.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die SPD hat jetzt Markus Töns das Wort.

Abg. **Markus Töns** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Constanze Clodius: Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Sozial- und Arbeitnehmerrechte zu fördern und die Regeln der Internationalen Arbeitsorganisation in Bezug auf Zwangs- und Kinderarbeit, Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz, Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlung zu beachten. Sind Sie mit den getroffenen Regeln zufrieden? Glauben Sie, dass die ausreichen? Und ist das der Weg in die richtige Richtung?

Der **Vorsitzende**: Frau Clodius, bitte.

Sve **Constanze Clodius** (IGBCE): Schönen guten Morgen! Danke für die Frage. Vorangestellt möchte ich wie folgt dazu antworten, dass wir aus Sicht der IGBCE ganz klar festhalten, dass umfangreiche Handelsabkommen, wie eben auch das EU-Mercosur-Abkommen, effektive und durchsetzbare Regeln zum Schutz von Beschäftigten, Umwelt, Verbraucherinnen und Verbrauchern beinhalten müssen. Dazu kommt, dass die Situation von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Aktivistinnen und Aktivisten und Minderheiten in den Mercosur-Staaten auch bei der Bewertung des

Abkommens Berücksichtigung finden müssen. Positiv bewerten wir, dass neben den ILO-Kernarbeitsnormen auch weitere Up-to-date-Konventionen sowie die ILO-Erklärung von 2008 zur fairen Globalisierung im Nachhaltigkeitskapitel genannt sind, aber das Kapitel selber ist bisher vom allgemeinen Mechanismus zur Streitbeilegung ausgenommen und der veröffentlichte Text des Nachhaltigkeitskapitals versäumt es, eine verpflichtende Ratifizierung der ILO-Kernarbeitsnormen zu verankern. Eine reine Selbstverpflichtung garantiert aus unserer Sicht aber nicht eine automatische Nachhaltigkeit und deswegen wäre die Einhaltung und Durchsetzung dieser Regeln unter verbindlicher Beteiligung der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft nötig. Deswegen kritisieren wir an dieser Stelle auch, dass eine Beteiligung von Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft bei der Erarbeitung des Abkommens und der Zusatzvereinbarung nicht stattgefunden hat. Wenn man sich jetzt nochmals die Länder anguckt in Bezug auf die ILO-Kernarbeitsnormen, muss an dieser Stelle festgestellt werden, dass aktuell Brasilien acht von zehn Kernarbeitsnormen ratifiziert hat. Das Gleiche gilt für Paraguay. Uruguay hat, soweit ich weiß, bis jetzt neun von zehn ratifiziert, und Argentinien ist das einzige Land der Mercosur-Staaten, das alle zehn ratifiziert hat. Im Fall von Brasilien bleibt auch noch einmal abzuwarten, inwieweit angesichts der politischen Kräfteverhältnisse die Aushöhlung des Arbeits- und Tarifrechts und die Schwächung der Gewerkschaften unter den Regierungen Temer und Bolsonaro effektiv zurückgenommen werden können. Wir sind da allerdings vorsichtig optimistisch.

Der **Vorsitzende**: Das ist jetzt nicht die hervorstechendste deutsche Eigenschaft, aber ich finde es gut zwischendurch auch mal, deswegen glaube ich, wir können gar nicht optimistisch, wir können immer nur vorsichtig optimistisch sein, aber das ist ja auch schon mal ein Schritt in die richtige Richtung. Aber, kleiner Spaß. All die Rheinländer sind natürlich da anders, das stimmt schon. Insbesondere zu einer gewissen Jahreszeit. Also nun Tilman Kuban für die CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Tilman Kuban** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Sachverständige. Eben gerade ist schon das



geopolitische Gewicht des Abkommens angesprochen worden. Ich würde gerne noch einmal den Fokus auf Uruguay richten und Frau Potowski fragen, welche Risiken Sie aber auch sehen durch die bilateralen Verhandlungen, die momentan stattfinden, auch mit China, welche Auswirkungen dadurch auch für Europa oder für Deutschland entstehen können. Und wie sehen Sie insbesondere auch die wirtschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Vorteile für Uruguay im Speziellen?

Der **Vorsitzende**: Ich bin froh, dass Sie bereits einmal gefragt wurden, Frau Potowski, angesichts der frühen Zeit dort, bitte.

Sve **Kira Potowski** (AHK Uruguay): Danke schön. Danke für die Einladung hier zu sprechen. Wie Sie mitbekommen haben, gibt es erste Annäherungen mit China auch im Fall von Uruguay. Man muss sagen, dass sich hier beide Parteien bereits auch besucht haben und schauen, dass Sie, wenn es die Zeit mit sich bringt, eben auch gucken, was die verschiedenen Standpunkte der zwei Länder sind. Das heißt, hier schaut sich Uruguay auch nach verschiedenen anderen Verhandlungspartnern um, das nicht nur mit China, sondern auch Richtung Türkei, Japan, Südkorea. Vor allen Dingen mit China, da sehen wir natürlich einen anpackenden, wirtschaftsfreundlichen und abschlussfähigen Verhandlungspartner und möchten natürlich damit auch einen gewissen Druck auf die hoffentlich baldige Ratifizierung des Assoziierungsabkommens mit der EU und Mercosur hinweisen. Und was das für Uruguay bedeuten würde, im Moment gehen bereits 50 Prozent der Güter aus Uruguay nach China. Das heißt, hier würden sich natürlich die Wirtschaftsbeziehungen noch ausweiten. Allerdings muss man dazu sagen, dass EU-Investitionen, wenn man jetzt weiterdenkt, hier absolut im Vordergrund stehen und gewollt sind und eben keine Investitionen aus China in dem Maße, wie solche von der EU gewünscht sind. Das heißt, natürlich muss man dann hier auch abwägen, also Uruguay sucht zwar nach anderen Handelspartnern, ist sich aber auch bewusst, dass eigentlich der Fokus auf der Ratifizierung des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens liegt.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für diese Information. Bernd Westphal, bitte.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Vielen Dank, Herr

Vorsitzender. Meine Frage geht an Herrn Dr. Treier. Und zwar sind ja eine ganze Menge Branchen prädestiniert für die Märkte, die sich da öffnen, aber auch die Mercosur-Staaten sind in einer Situation, wo sie Zugang zum europäischen Binnenmarkt bekommen. Welche Branchen identifizieren Sie, die davon profitieren auf beiden Seiten, Absatzmärkte, die sich für die Mercosur-Staaten ergeben in Europa, aber auch Branchen, die besonders dort auch in dem Bereich der südamerikanischen Staaten Potential haben, ihre Produkte abzusetzen?

SV **Dr. Volker Treier** (DIHK): Danke, Herr Westphal. Aus der klassischen deutschen Sicht sind das Maschinenbau, Automobilindustrie, chemische Industrie, Elektroindustrie, Medizintechnik. Das ist die eine Richtung. Andererseits wissen wir aus der Vergangenheit, dass Investitionen, und der argentinische Botschafter hat hier ja deutlich gemacht, dass der Mercosur gerne Investitionen, ich nehme an, auch aus diesen klassischen deutschen Industrie- und Exportbranchen haben möchte, dass Investitionen dem Export und der besseren Erschließung der Märkte über den Handel nachlaufen. Die Öffnung der Märkte über dieses Abkommen für den Handel führt zu Investitionen, ganz generell, aber auch im Besonderen, wenn wir die Situation der Rohstoffversorgung uns ansehen. Mit dem Abkommen erhalten die Unternehmen auf beiden Seiten einen besseren Zugang auch zu den Rohstoffen, die der Mercosur stärker als die Europäische Union anbietet, aufgrund der geografischen und geologischen Situation. Heute bestehen zudem etliche Exportbeschränkungen im Rohstoffbereich, die mit dem Abkommen aufgelöst werden. Und dann haben wir das große Thema der Energie. Es ist kein Geheimnis, dass das Potenzial der erneuerbaren Energien im Mercosur ganz allgemein wahrscheinlich besser ist, viel besser ist als in der Europäischen Union. Und dann kommt auch das Thema der Investitionen unserer zum Teil auch eher energieintensiven Bereiche zum Tragen. Das ist das eine ganz wichtige Feld. Das ist kein Prozess, der von heute auf morgen abgeschlossen sein wird, sondern der würde mit einem solchen Abkommen wirklich beschleunigt werden, und zwar zugunsten beider Seiten. Mehr industrielle Fertigung auch von unseren erfolgreichen Industrieprodukten, die wir für die Weltmärkte absetzen in den Ländern des Mercosur. Andere



Bereiche wären der Dienstleistungsbereich, auch der wird hier teilweise geöffnet, und öffentliche Beschaffungsmärkte, auch das habe ich vorher schon gesagt.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Dr. Treier. Stefan Rouenhoff fragt für die Unionsfraktion.

Abg. **Stefan Rouenhoff** (CDU/CSU): Danke schön. Meine Frage geht an Herrn Dr. Treier. Wir haben ja gerade in Teilen Kritik an dem Nachhaltigkeitskapitel im Abkommen gehört. Jetzt sehen wir aber auch – und wir waren gestern mit der AG Wirtschaft meiner Fraktion auf der Hannover Messe –, dass die Wirtschaft sehr stark unterwegs ist, das Thema Nachhaltigkeit auch selbst zu forcieren. Meine Frage geht in diese Richtung: Sehen Sie nicht auch eine große Chance in diesem Abkommen, dass durch eine neue Handelsverbindung das Thema auch aus unternehmerischer Sicht viel stärker auf Nachhaltigkeit getrimmt wird? Die Beziehungen viel stärker dann auch dazu genutzt werden können, eben auch, um Nachhaltigkeitsaspekte in den lateinamerikanischen Staaten zu verankern? Danke.

Der **Vorsitzende**: Bitte schön, Herr Dr. Treier

SV **Dr. Volker Treier** (DIHK): Danke, Stefan Rouenhoff, für diese Frage. Erst einmal möchte ich sagen, wir sind mit den Handelskammern und deren über 100-jähriger Geschichte in Uruguay, zum Beispiel – Kira Potowski, die jetzt die Geschicke dort leitet – wirklich seit Jahrzehnten, Jahrhunderten in den Märkten und tragen auch mit viel unternehmerischem Engagement zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Mercosur-Ländern bei. Zum Beispiel durch Investitionen, durch die Zahlung von wirklich marktfähigen und auskömmlichen Gehältern in vielen Fällen und durch die Entwicklung der Qualifizierung von vielen Menschen vor Ort, Stichwort „berufliche Bildung“. Wir machen das mit vielen Auslandshandelskammern vor Ort, aber gerade auch im Mercosur. Das Nachhaltigkeitskapitel in dem vorliegenden Text begrüßen wir sehr, die Nachhaltigkeitsziele begrüßen wir sehr, und darin ist enthalten, dass beide Seiten sich verpflichten, in ihren Handelsbeziehungen zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Zudem baut es auf den multilateralen Verpflichtungen in den Bereichen Arbeit und Umwelt auf. In der EU ist der Verkauf

von illegal geschlagenem Holz verboten. Die EU und die Mercosur-Staaten verpflichten sich, das Pariser Klimaschutzabkommen wirksam umzusetzen, es beinhaltet, das haben wir vorher gehört, die Verpflichtung, Handeln nicht auf Kosten der sozialen Arbeitnehmerrechte zu fördern. Beide Seiten verpflichten sich, die Regeln der Internationalen Arbeiterorganisationen in Bezug auf Zwangs- und Kinderarbeit, Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz, Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Kollektivverhandlung zu beachten. Ganz wichtige Themen, und das ist auch sanktionsbewährt, denn es sind dort auch Schiedsverfahren verankert. Ich will das zum Schluss aber sagen: Ich höre zum Beispiel von brasilianischer Seite, ich habe lange zusammen mit Ingo Kramer, dem früheren Arbeitgeberpräsident, der für uns die Lateinamerika-Initiative der deutschen Wirtschaft koordiniert, mit dem Chefunterhändler gesprochen, der aus Brasilien kommt und der sagt: „Jetzt geht nicht noch weiter! Ihr habt schon unilateral weitere Sanktionsbewährungen eingeführt, wie zum Beispiel das deutsche Lieferkettenzollverpflichtungsgesetz, das Sustainable Finance, anderes aus der Europäischen Union, und deshalb ist das, was vorliegt, wirklich gut. Und das sollten wir jetzt unterzeichnen.“

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Dr. Treier, auch interessant mal der Hinweis, den man häufig vergisst, dass man schon seit Jahrhunderten schon Handelspartner ist. Das ist ja nicht jedem sofort bewusst, aber dafür dienen solche Anhörungen, um an solche Sachen auch einmal zu erinnern. BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Maik Außendorf, bitte.

Abg. **Maik Außendorf** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank, Herr Dr. Holterhus, auch dass Sie eben ausgeführt haben, dass ja die EU unionsrechtlich schon verpflichtet ist, eine Auslands politik zu betreiben, die Nachhaltigkeit und insbesondere Waldschutz berücksichtigt. Wir haben ja kongruent dazu in der handelspolitischen Agenda der Bundesregierung festgehalten, Mercosur nur zu ratifizieren, wenn es mit einem effektiven Waldschutz einhergeht. Und da die Frage an Sie, wenn man die Teile betrachtet, die bekannt sind: Die Kommission hat einen Vorschlag durchsickern lassen, wie sie das umsetzen möchte. Diese Vorschläge, genügen die dem Anspruch eines



effektiven Waldschutzes?

**SV Prof. Dr. Till Patrik Holterhus** (Leuphana Universität Lüneburg): Herzlichen Dank für die Frage. Vielleicht ganz kurz vorab, um das richtig einzuordnen. Ich bin ein Freund des Freihandels. Ich glaube, das ist ein gutes Abkommen. Und ich glaube, das ist ein Abkommen, das man grundsätzlich unterzeichnen kann. Gleichzeitig muss man sich die Frage stellen: Wird die Europäische Union ihren Ansprüchen gerecht, wenn es um die Frage der Nachhaltigkeit geht? Und was ist möglich mit diesem Instrument, was wir jetzt da vor uns liegen haben? Ich muss ganz kurz korrigieren: Das TSD-Kapitel, das Nachhaltigkeitskapitel, ist nicht sanktionsbewährt. Man kann sich nicht gegen [sic!] Sanktionen wehren, wenn dort Verletzungen stattfinden, das ist gegenwärtig nicht der Fall. In einer Gesamtzusammenfassung könnte man dementsprechend dieses Nachhaltigkeitskapitel, das TSD-Kapitel, auch so einordnen, dass es eben schon Fortschritte macht. Aber dem hohen Anspruch, den sich die EU erstens unionsverfassungsrechtlich ausgesetzt sieht und zweitens auch selbst verpflichtet hat, wird es nicht ganz gerecht. Da ist mehr möglich. Da ist mehr drin. Und da wäre angesichts der Herausforderung des Klimawandels und der Bedeutung der Wälder in Lateinamerika auch mehr notwendig. Ohne auf alle Details dieses Kapitels einzugehen, ist es in der Tat so, dass der Waldschutz dort bis auf eine einzelne Vorschrift, in der eine vom Investitions- und Handelsnexus entkoppelte Verpflichtung etabliert wird, die Wälder zu schützen, eigentlich keine verbindliche Verpflichtung ist, die irgendwie über andere internationale Verpflichtungen in diesem Kapitel hinausgehen würde. Und ich rede von harten Verpflichtungen, nicht von Absichtserklärungen, man wolle in der Zukunft darüber reden, dass man vielleicht mal könne, sondern konkrete Verpflichtungen. Zweite Frage: Was fügt dem diese Auslegungserklärung der Europäischen Kommission hinzu, die gegenwärtig in Rede steht? Da muss man leider sagen, hinsichtlich des Waldschutzes ist die Antwort eindeutig: Sie trägt dem gar nichts bei. Es gibt keine substantiellen Verbesserungen durch diese Auslegungserklärung auf der Ebene des Waldschutzes, minimale Verbesserungen in Bereichen der allgemeinen Nachhaltigkeit, aber auch hier gäbe es grundsätzlich Möglichkeiten, das

anders zu gestalten. Es gäbe Möglichkeiten im Völkerrecht, da in die Auslegung anders reinzugehen. Vielleicht haben wir Gelegenheit, darüber später noch zu sprechen. Jedenfalls auf die Frage: Wo befinden wir uns jetzt, muss man sagen: auf leicht gehobenem Niveau, aber nicht ideal. Und hilft das Auslegungsinstrument der Kommission, das jetzt tatsächlich über die Linie zu drücken für unsere hohen Ziele? Da muss man klar sagen: leider nein, gegenwärtig.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Alexander Ulrich, bitte.

Abg. **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.): Vielen Dank, meine Frage richtet sich an Frau Cunha. Ich bleibe beim Thema von eben, das Mercosur-Abkommen wird hier als nicht nachhaltig kritisiert, von vielen Gruppen. Lässt sich das durch diese Zusatzvereinbarung eigentlich noch retten beziehungsweise nachhaltig machen? Vor Kurzem wurde auch die Zusatzvereinbarung geleakt. Können da Vorbehalte abgebaut werden? Und wie bewerten Sie insgesamt das vorliegende Dokument, was Klima-, Umwelt-, Menschenrechtsschutz angeht?

Der **Vorsitzende**: Hamburg hat das Wort.

Sve **Lis Cunha** (Handelsexpertin Greenpeace e.V.) Ja, vielen Dank. Vielen Dank für die Einladung, für die Fragen. Für uns ist klar, das EU-Mercosur-Handelsabkommen lässt sich durch Zusatzvereinbarungen nicht nachhaltig machen. Denn 99.000 zusätzliche zollbegünstigte Tonnen Rindfleisch, 650.000 Tonnen zusätzliches Ethanol aus Zuckerrohr, wie im Abkommen vorgesehen werden vor Ort reale schwerwiegende Konsequenzen haben. Die Quoten an sich sind das Problem, der Abbau der Zölle an sich ist das Problem. Um ein bisschen die Realität von vor Ort hier in diesen Wirtschaftsausschuss zu bringen: Schon jetzt wird in Südamerika Natur zerstört, Gemeinschaften werden verdrängt, Artenvielfalt gefährdet, kleinbäuerliche Landwirtschaft verhindert, um Platz für Commodities für den Export an die EU zu schaffen. Die brasilianische Zivilgesellschaft ist daher gegen das Abkommen. Mehr als 100 Gewerkschaften, Umweltverbände und Menschenrechtsorganisationen dort finden das Abkommen sei, ich zitiere, „eine wahre Katastrophe“. Laut den Expertinnen und Experten der Amec Commission bedeuten allein die



vorgesehenen Rindfleischquoten fünf Prozent mehr Entwaldung im Mercosur-Raum pro Jahr. Also wirklich katastrophal. Und die Bestimmungen eines Zusatzinstruments ändern leider nichts an diesen Anreizen. Und dabei wissen wir längst, dass eine Reduktion des Fleischkonsums angesichts der Klimakrise dringend notwendig ist. Das EU-Mercosur-Abkommen fördert aber mehr Fleisch, nicht weniger. Und im Gegenzug, das wurde auch schon erwähnt, schafft das Abkommen die Zölle auf europäische Pestizidexporte ab. Während wir hier in Europa Ziele zur Pestizidreduktion festgelegt haben, sichert das Abkommen Südamerika als Absatzmarkt für diese Gifte, senkt auch die Zölle für europäische Autoexporte und sichert Südamerika für weitere Jahrzehnte als Absatzmarkt für Verbrennerautos, die in der EU ab 2035 aufgrund des Klimaschutzes nicht mehr zugelassen sind. Da frage ich mich: Wo bitte ist die Kohärenz? Auch ein Zusatzinstrument ändert daran leider nichts, denn ein Zusatzinstrument aus gut gemeinten, aber leeren Worten zum Umweltschutz verändert nicht den schädlichen Kern des Abkommens, also die Förderung des Handels von klima- und umweltschädlichen Produkten wie Rindfleisch, Pestiziden und Verbrennerautos. Die brasilianische und argentinische Regierung, wie Sie eben auch direkt gehört haben vom Botschafter, haben schon mehrfach den Wunsch geäußert, das Abkommen an sich zu überarbeiten, um die Bedürfnisse Südamerikas stärker zu berücksichtigen. Laut eines Rechtsgutachtens von Prof. Krajewski und Dr. Hoffmann wäre eine vollständige Neuverhandlung die einzig glaubwürdige Option für ein nachhaltiges Handelsabkommen. Sie als Politikerinnen und Politiker haben jetzt die Entscheidung, an einem Vertrag festzuhalten, der mit einem Verhandlungsmandat aus den 90er Jahren längst veraltet ist, oder die Chance für einen Neuanfang zu nutzen und ein nachhaltiges und faires Mandat einzufordern, um sicherzustellen, dass ein neu formulierter Vertrag in seinen Grundsätzen keine umwelt- und klimaschlechten Produkte fördert und keineswegs zur Ausbeutung natürlicher Ressourcen Südamerikas führt. Aus unserer Sicht ist es ganz klar: In seiner jetzigen Form inklusive jeglichen Zusatzinstruments muss das Abkommen abgelehnt werden. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Ich habe Ihnen extra länger Redezeit gegeben, auch mit dem Hinweis

verbunden, dass gerade die Politiker, die Sie angesprochen haben, sich sehr umfangreich informieren, wie Sie heute feststellen, damit sie ihrer Verantwortung gerecht werden, bei dem, was sie an Entscheidungen dann treffen müssen. Herr Kollege Cronenberg hat jetzt das Wort.

Abg. **Carl-Julius Cronenberg** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Seine Exzellenz, den Botschafter Argentiniens Brun. Das Mercosur-Abkommen wird jetzt seit 20 Jahren verhandelt. Die Ratifizierung steht weiter aus. Welches Bild hat man in Argentinien? Welches Bild haben Sie in Argentinien von der europäischen Handelspolitik? Und wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die Neuausrichtung der deutschen Handelspolitik?

Der **Vorsitzende**: Danke schön., Herr Botschafter, bitte.

SV S. E. **Fernando Brun** (Botschafter der Argentinischen Republik): Ganz kurz, danke sehr für diese Frage. Die neue deutsche Außenpolitik zusammengefasst unter dem Begriff „Zeitenwende“ bietet eine neue Chance für unsere Region, für unsere beiden Regionen. Es bedeutet eine zusätzliche Gelegenheit, den Fokus auf die Energiewende zu legen, indem gemeinsame Kräfte genutzt werden, um die Energievektoren in Richtung einer Dekarbonisierung und nachhaltigen Matrix umzuleiten. Wir sehen ein wachsendes Interesse an Deutschlands Erneuerung der Abkommen mit Chile und Mexiko, die Proaktivität an der Europäischen Union, das Mercosur-Abkommen zu schließen. Wir möchten die Möglichkeiten zur Förderung von Investitionsströmen sowie zur Nutzung von zeitlichen finanziellen Instrumenten erkunden, um industrielle und energieproduktive Kapazitäten zu stärken, um die gegenseitige Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Dies, meine Damen und Herren, führt zu einem ausgewogenen Abkommen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Botschafter, Markus Töns jetzt für die SPD.

Abg. **Markus Töns** (SPD): Vielen Dank, meine Frage richtet sich an Prof. Holterhus, und zwar: Wir haben eine nicht funktionierende WTO. Wir verhandeln seit 20 Jahren mit den Mercosur-Staaten und die Frage ist ja, ob völkerrechtlich eine Zusatzvereinbarung, die derzeit verhandelt wird, es ist schon bisschen was geleakt worden, diesen



fehlenden Bereich der sanktionsbewerten Nachhaltigkeit im Vertrag heilen kann? Das, was geleakt ist, ist geleakt. Aber wir wissen ja nicht, was am Ende noch verhandelt wird. Und in dem Zusammenhang die Frage, ist es nicht im Grundsatz besser, einen völkerrechtlichen Vertrag zu haben mit Werten, die darin beschrieben sind, als keinen Vertrag mit den Staaten des Mercosur?

**SV Prof. Dr. Till Patrik Holterhus** (Leuphana Universität Lüneburg): Herzlichen Dank für die Frage. Ich fange mal hinten an. Ich bin der Meinung, dass in der Tat ein Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten besser ist als kein Freihandelsabkommen. Ich glaube aber, das habe ich in der letzten Frage auch schon deutlich gemacht, dass es notwendig ist, diese Freihandelsabkommen im 21. Jahrhundert als [Instrumente] zu begreifen, die über reine Handelsfragen hinausgehen. Die Vorteile der Zollsensenkungen, der nichttarifären Handelshemmnisse und so weiter sind unbestritten für beide Märkte. Da ist sicherlich noch Potenzial und Spiel in den Verhandlungen, aber im Grundsatz ist das in Ordnung. Gleichzeitig ermöglichen uns diese Freihandelsabkommen als im Völkerrecht am stärksten ausgeprägte und in der dogmatischen Struktur am kräftigsten organisierte [Instrumente] das Einbringen von Faktoren außerhalb des Handels, um diese zu effektivieren. Dazu gehört eben auch die Nachhaltigkeit. Und es ist selbstverständlich so, dass es sein kann, dass dieses Zusatzinstrument oder die Teile, die davon geleakt wurden, sozusagen noch versteckte Teile hat, die ich noch nicht gesehen habe, in denen ein Streitbeilegungsmechanismus enthalten ist, so wie es sich die Bundesregierung und die Europäische Kommission ja auf die Fahnen geschrieben haben, für ihre Außenhandelspolitik. Gegenwärtig ist das aber nicht zu erkennen und wird durch dieses Auslegungsinstrument auch nicht gewährleistet. Es gäbe durchaus Möglichkeiten, das anders zu machen. Die Normen, auch die bestehenden Normen des Freihandelsabkommens, teils des Assoziierungsabkommens und insbesondere das Nachhaltigkeitskapitel, würden Raum geben, eine völkerrechtlich zulässige Auslegung nach Artikel 31 der Wiener Vertragsrechtskonvention vorzunehmen, die materiellen, effektiven und durchsetzbaren Waldschutz und Nachhaltigkeit ermöglicht.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Das Wort hat Tilman Kuban für die CDU/CSU.

Abg. **Tilman Kuban** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Frau Dr. Kamin. Sie haben die Unabhängigkeitsmachung von China angesprochen und auch das geopolitische Gewicht des Abkommens. Mich würde im Detail interessieren, ob Sie das für realistisch halten, dass es diese Unabhängigkeitsmachung von China in Südamerika geben wird, und auch das vor dem Hintergrund, dass wir jetzt seit fast 20 Jahren mit den Mercosur-Staaten verhandeln, welche Lehren wir daraus ziehen sollten als Europäer, dass wir vielleicht auch schneller werden, um eben genau diese Abhängigkeitsmachung gar nicht erst bestärken.

Der **Vorsitzende**: Ja, bitte schön.

Sve **Dr. Katrin Kamin** (Ifw): Vielen herzlichen Dank. Um auf den Teil der Frage, der China betrifft, zu kommen: Es ist wichtig, sich auch einmal anzugucken, was Frau Potowski auch gesagt hat, nämlich dass die Mercosur-Staaten durchaus Interesse haben, dieses Abkommen mit der EU zu schließen. Das hat eben einen Grund und der Grund ist, dass den Mercosur-Staaten die teilweise schwierigen Investitionspraktiken Chinas durchaus bewusst sind. Und sie wollen explizit das Abkommen mit der Europäischen Union. Das zum einen. Zum anderen finde ich es auch wichtig, einmal zu betrachten, dass China bereits der wichtigste Handelspartner des Mercosur ist. Das ist ganz wichtig. China hat uns 2018 überholt als wichtigster Handelspartner des Mercosur, und ich denke, es ist wichtig, dennoch zu sehen, dass den Mercosur-Staaten sehr viel mehr Diversifizierungspotenzial im Handel mit der EU möglich ist, als es im Handel mit China möglich ist. Das heißt also, sich durchaus einmal anzugucken, was bedeutet das für den Mercosur, welche Chancen hat der Mercosur hier auch. Das ist, denke ich, wichtig für die Beurteilung der Frage. Wenn wir das Handelsabkommen nicht schließen oder jetzt noch weiterverhandeln, sehe ich die Gefahr, dass wir den Anschluss an Lateinamerika, an den Mercosur verlieren. Und ich glaube, es ist wichtig, dass sich die EU-Mitgliedstaaten die Frage stellen: Wollen wir in Zukunft die Möglichkeit haben, Standards, weitere Standards zu vereinbaren, weitere Standards zu setzen? Oder wollen wir das



nicht? Man muss wirklich dieses kontrafaktische Szenario sich überlegen, wenn wir das Freihandelsabkommen nicht schließen oder das noch weiter verzögern. Eine weitere Verhandlung, wir haben gesehen, wie lange es bisher gedauert hat, würde sehr viel länger dauern. Dann werden wir meines Erachtens auch den Anschluss verlieren, das habe ich schon gesagt, und wir werden keine Möglichkeit mehr haben, Einfluss zu nehmen auf Standards. Und ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Darüber hinaus können wir damit rechnen, dass China seinen Einfluss ausbauen wird, und zwar nicht nur in handelspolitischen Fragen, sondern auch in investitionspolitischen und infrastrukturellen Fragen. Und, dass es seine Standards setzen wird. Auch wenn die Bestimmung, und ich weiß, ich überziehe jetzt ein bisschen, aber ich finde den Punkt so wichtig, weil darüber gerade gesprochen wurde, auch wenn die Bestimmung ... okay, dann hebe ich es mir auf für das nächste Mal.

**Der Vorsitzende:** Genau, Sie werden möglicherweise nochmals gefragt. Ich hatte darauf hingewiesen. Ich glaube, es ist auch deutlich geworden, vielleicht muss man nach 20 Jahren eine Entscheidung treffen. Das ist gar nicht so falsch. Kollege Holm hat für die AfD das Wort.

**Abg. Leif-Erik Holm (AfD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Frau Dr. Kamin, sie kann also gleich nahtlos weitermachen. Ohne Frage überwiegen die ökonomischen Vorteile dieses Abkommens und die geostrategischen Überlegungen sind auch völlig richtig, da sind wir absolut d'accord. Das Problem, auch das Akzeptanzproblem, entsteht ja durch den Zielkonflikt zwischen diesen Vorteilen und dem Ziel der Ernährungssicherheit, sie jederzeit zu gewährleisten. Deswegen sind die Landwirte auf der Zinne, auch hierzulande, und befürchten dann einen ruinösen Wettbewerb. Mich würde sehr interessieren, wie wir diese Bedenken abbauen können. Gibt es gute Argumente, die man ins Feld führen kann, um genau diese Furcht zu zerstreuen?

**Sve Dr. Katrin Kamin (Ifw):** Vielen Dank. Das, was ich mir angesehen habe vom Abkommen, hat zumindest für mich gezeigt, dass da auf europäischer Seite durchaus Sorge getragen wurde für die europäischen Erzeuger. Zum einen ist es so, dass das Abkommen neue Absatzmärkte schafft für europäische Erzeuger. Zum anderen ist natürlich

die Angst groß, dass jetzt der europäische Markt überschwemmt wird mit Agrargütern aus dem Mercosur, da hat der Mercosur eindeutig seinen komparativen Vorteil gegenüber der EU. Und wie hat die EU da Sorge getragen in dem Abkommen? In welchen Bereichen der Mercosur einen besonderen komparativen Vorteil hat wurde auch schon genannt: vor allem Rindfleisch, Geflügel, Ethanol. Hier wird es Importquoten geben, hier schützt sich die EU auch weitestgehend. Und sollten sozusagen Importmengen erhöht werden, dann wird der Meistbegünstigtenzoll angewendet. Hier gibt es die Möglichkeit, oder es ist im Abkommen vorgesehen, dass dann zwar nicht Sanktionen verhängt, aber dass die Zölle erhöht werden, in dem Fall, dass mehr Güter importiert werden. In meinen Augen hat das Abkommen das schon abgedeckt und durchaus vorgesehen, dass es eben nicht zu einer Überschwemmung durch diese Produkte kommt, insbesondere in den sensiblen Bereichen.

**Der Vorsitzende:** Herr Holterhus hat genickt, dann sind ja schon zwei dieser Auffassung. Sie hätten jetzt natürlich noch ein bisschen was über China sagen können. Aber jetzt ist es zu spät. Macht auch nichts. Maik Außendorf stellt die nächste Frage.

**Abg. Maik Außendorf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, dann komme ich nochmals auf Herrn Dr. Holterhus zurück. Sie hatten ja eben ausgeführt, dass die bisher bekannten Vorschläge nicht geeignet sind, effektiven Waldschutz umzusetzen. Wie könnten denn Maßnahmen aussehen, oder wie könnten wir zu Prozessen, zu Vereinbarungen kommen, die dem Anspruch gerecht werden? Haben Sie da Ideen?

**SV Prof. Dr. Till Patrik Holterhus (Leuphana Universität Lüneburg):** Herzlichen Dank für die Frage. Also, das ist in der Tat möglich. Ich beschäftige mich damit gegenwärtig relativ intensiv, wissenschaftlich. Zwei Varianten wären letztlich denkbar: Eine große und eine kleine, könnte man sagen. Die kleine Variante wäre, in der Tat zu sagen, man macht ein echtes Auslegungsinstrument, eines, das wirklich völkerrechtlich lege artis dort anknüpft, wo Spielraum ist. Das wäre im TSD-Kapitel Artikel 8, der eben tatsächlich konkrete Pflichten, ich rede jetzt gerade über den Waldschutz, vorsieht. Und hier könnten die Parteien hineingehen. Da gibt es zum Beispiel den Begriff der Illegalität und der



Maßnahmen, die notwendig sind, um illegale Abholzung zu stoppen. Den Begriff „illegal“ könnte man hier derart auslegen, dass man sagt: Es geht nicht um einen Standard nationaler Illegalität, sondern um einen völkerrechtlichen Standard, den dann die Parteien selbst etablieren und bestimmen. Und bei den Maßnahmen könnte man dann eben von notwendiger Ausstattung für Behörden, Durchsetzungsverpflichtung und so weiter ausgehen und da relativ konkret tatsächlich über so ein Auslegungsinstrument Pflichten im Rahmen des geltenden Vertragswerkes, ohne da wirklich heranzugehen, zu gestalten. Das wäre also möglich im Rahmen der völkerrechtlichen Vertragsauslegung. Die zweite und die große Variante wäre auch ohne an den Text nochmal wirklich ranzugehen, aber zu sagen: Wir fügen ein Kapitel ein, ein neues Kapitel, das sich zum Beispiel an das Nachhaltigkeitskapitel anschmiegt und jetzt konkret zum Beispiel dem Waldschutz dient. Und dort würden wir ganz konkret Pflichten verankern, die weit über das hinausgehen, und damit ein ganz innovatives Level des Waldschutzes schaffen, der übrigens durchaus reziprok gestaltet werden könnte. Wir reden nicht nur über den Schutz des Regenwaldes in Lateinamerika, sondern auch zum Beispiel über den Schutz der Urwälder in Tschechien, Polen und so weiter und so fort. Das bedeutet, das könnte man machen, und das könnte man dann wiederum, und dann wären wir tatsächlich in einem effektiven Durchsetzungsmechanismus, schlicht ankoppeln an den bisher für den Handelsteil bestehenden Durchsetzungsmechanismus, bei dem den Parteien dann wirklich die Möglichkeit zukommt, wenn eine der beiden Seiten – die lateinamerikanischen Mercosur-Staaten oder eben die EU auf der anderen Seite – ihren Waldschutzverpflichtungen nicht gerecht wird, am Ende sogar mit der Aussetzung bestimmter Handelszugeständnisse zu reagieren. Beides wäre völkerrechtlich machbar, auch gar nicht so kompliziert, und vor allem machbar, ohne das gegenwärtige Abkommen nochmals essenziell aufzuschnüren.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die Sozialdemokraten fragt noch einmal Bernd Westphal.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht auch an Prof. Dr. Holterhus. Sie als Völkerrechtler hatten eben auch

nochmals auf die Umweltaspekte abgehoben. Für die SPD sind Freihandelsabkommen immer auch politisches Gestaltungsinstrument, und wir sehen die Vorteile, nicht nur einen freien, sondern auch fairen Handel zu etablieren – übrigens für beide Seiten – und auch die Entwicklungschancen, die in den südamerikanischen Ländern herrschen. Übrigens, wir können auch da viel lernen vielleicht von einigen Aspekten, die wir nicht berücksichtigen. Da sollte man auch nicht so arrogant von oben draufschauen. Aber natürlich sind Leitlinien auch die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele, und die umfassen mehr, und der Begriff „Nachhaltigkeit“ übrigens auch, als die Umweltaspekte. Deshalb meine Frage, inwieweit die EU-Entwaldungsverordnung, die es ja gibt, die ja klar sagt: „Es kommen keine Produkte auf den europäischen Markt, die dieser Verordnung nicht entsprechen“ wie wirksam die ist? Und vielleicht können Sie noch etwas zu den Arbeits-, Sozial- und Sicherheitsstandards sagen, die ja durchaus in dem Abkommen hinterlegt sind? Und inwieweit entfalten auch die Abkommen, die die einzelnen Staaten vereinbart haben, Wirkung?

SV **Prof. Dr. Till Patrik Holterhus** (Leuphana Universität Lüneburg): Vielen Dank für die Frage. Vielleicht zuerst zur EU-Verordnung, zur Entwaldung, die ja gerade in der Mache ist, wenn man so möchte. In der Tat, dort wird es eine Verordnung geben, die es erheblich erschwert, Holz oder Produkte, die unter Maßnahmen der Entwaldung oder Wald-Schädigungen zustande gekommen sind, auf den europäischen Markt zu importieren. Das ist richtig. In einer, ich sag mal, idealen völkerrechtlichen Struktur wäre es aber natürlich so, dass die Steuerungsfähigkeit, die die EU durch ihre Marktmacht nutzt, nicht nur eine ist, die den eigenen Markt betrifft, sondern vielleicht auch Incentives setzt, zum Beispiel auch keine Waldschädigung zu betreiben, um Produkte herzustellen, die danach auf den chinesischen Markt gelangen. Das heißt, hier gibt es durchaus noch Potenzial, die Steuerungsfähigkeit, strategische Souveränität der EU ist hier sicherlich ein Stichwort, zu nutzen, um Effekte zu erzeugen, die im Sinne einer, ich sage jetzt mal, global nachhaltigen und ökologischen Außenhandelspolitik sich gestalten. Also, da ist noch Spiel, obwohl die EU-Waldschutzverordnung einen großen Schritt machen wird in puncto Waldschutz. Auf die Frage der





Arbeitnehmerstandards, da kann ich in gewisser Weise bei Frau Clodius anknüpfen, die sich dazu ja schon geäußert hat: Es ist gar nicht so schlecht. Erneut, wir reden hier nicht über ein Nachhaltigkeitskapitel, was jenseits von Gut und Böse ist, sondern darin steht schon einiges. Es ist misslich, dass der Streitbeilegungsmechanismus noch nicht angeknüpft ist. Es wäre wünschenswert, dass wir das, wie die EU es unlängst in Neuseeland-Abkommen geschafft hat, auch für das Mercosur-Abkommen schaffen würden, übrigens beidseitig und nicht nur seitens der EU gegenüber den Mercosur-Staaten, sondern genauso andersherum. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Ich bedanke mich auch und gebe Stefan Rouenhoff das Wort für die CDU/CSU.

Abg. **Stefan Rouenhoff** (CDU/CSU): Meine Frage geht an Frau Dr. Kamin. Jetzt haben wir viel über deutsche Positionen gehört, aber Deutschland verhandelt nicht, es verhandelt die EU auf europäischer Ebene beziehungsweise die Kommission. Und mich würde mal interessieren, wie Sie die deutsche Position innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union bewerten, gerade auch in den Nachhaltigkeitsfragen, und wie Sie bewerten, dass wir derzeit auch eine Diskussion über die Herauslösung des Handelsteils aus dem Assoziierungsabkommen haben. Danke schön.

SVe **Dr. Katrin Kamin** (Ifw): Vielen Dank. Genau. Die Kompetenz in dieser Frage liegt natürlich bei der EU, das ist richtig, da wird verhandelt. Die deutsche Position innerhalb des Handelsabkommens ist natürlich ... also Deutschland ist noch einmal mehr als die EU abhängig vom internationalen Handel und eine Exportnation. Und deswegen ist Deutschland durchaus als Motor der europäischen Wirtschaft natürlich wichtig und vor diesem Hintergrund ist für Deutschland diese Ratifizierung auch besonders wichtig, um das nochmals deutlich zu machen. Ich denke, insgesamt ist es wichtig, dass – weil Sie auf die Nachhaltigkeit anspielten – die EU schon dafür Sorge trägt, dass ein Handelsabkommen nicht andere Ziele konterkariert, andere Ziele wie die Klimaziele zum Beispiel und die Menschenrechtsziele und auch Arbeitnehmerstandards und so weiter. Die Frage ist aber, ob die Handelspolitik und in diesem Zusammenhang das Handelsabkommen das

richtige Instrument dafür ist. In der Ökonomie wird es zumindest immer so gesehen, dass man ein Instrument braucht zur Erreichung eines Ziels, und in dem Moment, wo wir mehrere Ziele erreichen wollen, wird das Instrument verwässert und führt sehr häufig zu suboptimalen Ergebnissen. Und das sehen wir auch schon, natürlich, in der Aushandlung anderer Handelsabkommen. Wie gesagt, ich finde es wahnsinnig wichtig zu betonen, dass wir das Handelsabkommen nicht konterkarieren sollten. Vor diesem Hintergrund hat auch die Herauslösung des Handelsteils natürlich den Vorteil, dass man es schneller verhandeln könnte, schneller abschließen könnte, es hat einen geopolitischen Vorteil. Es würde zeigen, dass die EU besonders agil ist, dass die EU es schafft, solche Entscheidungen schnell zu treffen, würde auch da den Status der EU als Global Player zementieren. Aber ich denke, es ist sehr wichtig vor dem Hintergrund zu betrachten, dass andere Ziele nicht konterkariert werden dürfen. Und da muss man dafür Sorge tragen, dass wenn so ein Handelsteil schnell verhandelt wird und herausgelöst wird, dass dennoch auf die anderen Ziele achtgegeben wird. Aber es gibt flankierende Instrumente in der EU, die auch bereits genannt wurden, die das auch ermöglichen.

Der **Vorsitzende**: Danke schön, Frau Dr. Kamin, und jetzt kommt der Kollege Manuel Gava zu Wort, der eigentlich gar nicht bei uns im Ausschuss ist, sondern im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, aber zu dem Thema natürlich herzlich willkommen ist, bitte schön.

Abg. **Manuel Gava** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass es sehr positiv ist, dass Lateinamerika eine ganz andere Stellung hat in dieser Bundesregierung, aber auch jetzt in dieser Legislatur. Ich glaube, das ist wichtig und richtig so. Meine Frage geht an Prof. Dr. Holterhus: Wie kompatibel ist das Mercosur-Abkommen mit dem, was wir gerade auf EU-Ebene mit dem EU-Lieferkettengesetz diskutieren? Wir sind noch nicht im Trilog, aber wir haben die allgemeine Ausrichtung des Rates, wir haben den EU-Entwurf der Kommission und wir haben im Parlament unterschiedliche Auffassungen, wie streng gerade der Umweltteil beispielsweise sein soll und wie wir mit der zivilrechtlichen Haftung vorgehen. Vielleicht ein paar Worte dazu, wie das kompatibel



sein kann oder wie Sie das bislang einschätzen.  
Vielen Dank.

**SV Prof. Dr. Till Patrik Holterhus** (Leuphana Universität Lüneburg): Herzlichen Dank. Das ist eine wichtige und gute Frage, weil sie bestimmte Kollisionspotenziale ganz gut aufzeigt, die wir einerseits durch unsere Instrumente, die wir innerhalb der EU entwickeln und die völkerrechtlich andere Völkerrechtssubjekt jetzt erst einmal nicht betreffen, betrifft und andererseits unsere völkerrechtlichen Verträge. Es ist so, dass im Mercosur-Abkommen, und ich bin sozusagen auch immer nur im Besitz der veröffentlichten Aspekte des Mercosur-Abkommens, die 2019 auf die Webseite gestellt worden, da wird es sicherlich mittlerweile Weiterentwicklung geben, aber schon da, und das ist wichtig, und hier ist insbesondere wieder das Nachhaltigkeitskapitel von entscheidender Bedeutung, hat die Kommission und haben die Mercosur-Staaten gemeinsam darauf geachtet, ein sogenanntes Right to Regulate einzuführen. Das bedeutet, es obliegt allen Vertragsparteien, zu denen übrigens nicht nur die EU gehört, sondern wahrscheinlich alle 27 Mitgliedstaaten, ihre internen Regeln in einer Art und Weise zu gestalten, die zum Beispiel den Arbeitnehmerschutz, den Umweltschutz, auch bestimmten anderen Aspekten, die wir im Rahmen Lieferkettengesetze und der Lieferkettenverordnung sozusagen berücksichtigen wollen, Rechnung zu tragen. Das bedeutet, an dieser Stelle werden wir kein Konfliktpotential haben, weil der völkerrechtliche Vertrag, so wie er gegenwärtig gestaltet ist, genau diese europäischen Maßnahmen zulässt und übrigens auch für die Mercosur-Staaten zulässt. Auch dort gibt es Spielraum. Vielleicht darf ich ganz kurz noch anknüpfen an die Frage, die eben gestellt wurde zur Herauslösung? Es ist, glaube ich, wichtig nochmals zu betonen, dass es zwar die EU ist, die über das Abkommen verhandelt, aber dass es am Ende aller Voraussicht nach 28 Vertragsparteien auf der Seite der Europäischen Union sein werden, die dem Ganzen völkerrechtlich zustimmen müssen, auch der Deutsche Bundestag aller Voraussicht nach. Da kommt die Frage der Herauslösung des Freihandelsteils her, weil die Kommission oder die Europäische Union natürlich eigentlich Interesse daran hat, das Ganze in die alleinige Kompetenz der Europäischen Union zu ziehen. Das wäre wohl erreichbar durch eine Herauslösung dieses

Handelsteils und damit wäre dann tatsächlich die Kommission beziehungsweise die EU allein im Driver Seat. Gegenwärtig ist, auch wenn nicht verhandelt wird durch die deutsche Bundesregierung, trotzdem die Zustimmung des deutschen Parlamentes entscheidend dafür, ob dieses Abkommen zustande kommt.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Reinhard Houben, bitte.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Ja. Ich möchte noch mal Seine Exzellenz, Herrn Botschafter, ansprechen. Das Mercosur-Abkommen sieht bereits einen starken Schutz des Regenwaldes vor. Das ist auch schon in Fragen angeklungen. Zusätzlich gibt es die Deforestationsrichtlinie der EU. Wie bewerten Sie dieses Schutzniveau und inwieweit sehen Sie überhaupt die Notwendigkeit von hier schon diskutierten Zusatzprotokollen? Ergänzend möchte ich fragen: Entsteht manchmal nicht bei den Mercosur-Staaten auch der Eindruck, dass die Regenwalddebatte eine hauptsächlich deutsche Debatte ist?

Der **Vorsitzende**: Herr Botschafter, bitte.

SV S. E. **Fernando Brun** (Botschafter der Argentinischen Republik): Danke sehr, Herr Houben, eine wichtige und gute Frage. Dr. Holterhus hat schon gesagt, es gebe nun Spielraum dafür. Das Mercosur-Abkommen und die Deforestationsrichtlinie der Europäischen Union sind wichtig für den Umweltschutz. Aber es ist notwendig, den Umweltschutz im breiten Sinne und nicht nur als Schutz vor Abholzung zu betrachten. Wir sprechen hier insbesondere von der Erfüllung des Pariser Abkommens und der Ziele für nachhaltige Entwicklung. Das wurde schon gesagt. Wir stehen heute vor einer dreifachen ökologischen, sozialen und finanziellen internationalen Krise. Die entwickelten Volkswirtschaften könnten durch konkrete Umsetzungsmaßnahmen eine gerechte und ausgewogene Anpassung an den Klimawandel und eine Entkarbonisierung der Industrie unterstützen. Initiativen wie der von Deutschland vorgestellte Klima-Club sind besonders relevant. Argentinien Politik gegen Deforestation umfasst sehr klar das Waldschutzgesetz, das Gesetz über ein Mindestbudget für den Schutz der einheimischen Wälder, Programme zur Wiederherstellung einheimischer Wälder und den



Umweltausgleichsfonds. Das ist der Fall auch bei unseren Partnern im Mercosur. Das war auch unter der früheren Lula-Regierung der Fall. Deswegen denken wir ganz positiv darüber, bezüglich der Nachhaltigkeitsziele. Damit es keine Schieflage ist, sollte es bedeuten, dass es zwischen den Parteien mit konstruktivem Willen und bewusst über die geopolitische Zeit verhandelt wird. Es sollte keine einseitige Durchsetzung erfolgen. Und das, meine Damen und Herren, muss sehr klar sein. Den Willen gibt es auf beiden Seiten, aber Zeit haben wir, ehrlich gesagt, nicht so viel.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dr. Klaus Wiener fragt für die Union.

Abg. **Dr. Klaus Wiener** (CDU/CSU): Vielen Dank, meine Frage geht an Frau Potowski, die tapfer aushält und früh aufgestanden ist. Wir haben ja hier eine Diskussion auch darum erlebt, ob Handelsabkommen mehr sein sollen als Handelsabkommen. Frau Kamin hat gerade gesagt, und da teile ich durchaus als Ökonom die Auffassung: Ein Instrument, ein Ziel. Mich würde interessieren: Wie sieht man das im Ausland, wenn wir aus Europa, aus Deutschland kommen und zunehmend die Handelsvereinbarungen mit solchem sonstigen Einbringen aufladen? Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Frau Potowski, bitte.

Sve **Kira Potowski** (AHK Uruguay): Danke schön. Ich kann mich dem Botschafter Brun anschließen. Es geht hier vor allen Dingen natürlich um ein Abkommen, so sieht man das auch vor allen Dingen im Mercosur, das über den Handel hinausgeht. Hier ist die EU der absolute Wunschpartner, wenn es darum geht, Standards zu implementieren. Da muss man dann dazu sagen, das wurde jetzt auch schon öfter angesprochen, dass es nicht einseitig ist, sondern eine Zusammenarbeit und ein Austausch auf Augenhöhe. Und das ist dem Mercosur natürlich auch sehr wichtig. Und dass es dann eben auch darum geht, was es bedeutet, über Sanktionsthemen zu sprechen. Ist es dort beidseitig oder muss man da eben dann auch noch in die Verhandlungen gehen beziehungsweise auch darauf warten, was der Mercosur da noch zu sagen hat? Ansonsten im Ausland, das kann ich hier vor Ort nur bestätigen, ist der Zeitdruck in dem Sinne da, dass man natürlich auch weiß, es wird sich

auch in der EU das Parlament ändern. Auch im Mercosur und in den verschiedenen Ländern gibt es Regierungswechsel, und man sagt auch hier vor Ort, 2023 ist das Jahr der Entscheidung und das Schlüsseljahr – und das Assoziierungsabkommen eben ein Game Changer. Und hier, wie gesagt, ist der Druck in dem Sinne da.

Der **Vorsitzende**: Danke schön, Frau Kollegin Dr. Detzer hat nun das Wort.

Abg. **Dr. Sandra Detzer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Frau Constanze Clodius von der IGBCE. Wir hatten jetzt ja mehrmals gehört, dass für die nachhaltige Wertschöpfung auch die Aspekte Klimaschutz und Arbeitnehmerinnenrechte eine wichtige Rolle spielen und dass der gegenseitige Wille, auch an dieser Stelle sehr genau hinzusehen, da ist. Deswegen wäre meine Frage an Sie mit Blick auf die ILO-Normen, ob Sie die – Stand jetzt – für ausreichend halten und ob Sie dann nach Ratifizierung da bei der Durchsetzung Punkte sehen, auf die man achten sollte und die aus Ihrer Sicht wichtig sind? Danke schön.

Sve **Constanze Clodius** (IGBCE): Danke für die Frage. Also, ich hatte das ja vorhin schon deutlich gemacht, dass für uns auf jeden Fall eine Verankerung zur Ratifizierung ausschlaggebend ist. Und zu den weiteren Besonderheiten, da kann ich jetzt leider Gottes nicht wirklich ins Detail gehen. Das kann ich aber gerne noch nachliefern. Das entzieht sich tatsächlich meiner Detailkenntnis, welche genau wir da jetzt bevorzugen würden.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Dann hat die SPD nochmals das Fragerecht. Herr Westphal, bitte.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Dr. Treier und an Constanze Clodius. Es wäre schön, wenn Sie sich die Antwortzeit teilen können. Wir haben ja eben nochmals die geostrategische Bedeutung und vor allen Dingen auch den Zeitdruck gesehen. Und ich finde, wir müssten nach 20 Jahren jetzt mal ein deutliches Signal senden an die südamerikanischen Länder. Auf die Wahl des Europaparlamentes im nächsten Jahr wurde hingewiesen, von daher: Wie sehen Sie das, in der zeitlichen Schiene jetzt ein deutliches Signal zu setzen, was die Ratifizierung angeht und vielleicht auch noch, ob es ein gemeinsames oder getrenntes



Abkommen ist?

Der **Vorsitzende**: Ich schlage vor, Frau Clodius beginnt mit etwas mehr als einer Minute.

Sve **Constanze Clodius** (IGBCE): Okay, dann gebe ich mir Mühe, damit für den Herrn Treier genügend Zeit bleibt. Aus unserer Sicht gibt es definitiv Vorteile für die Ratifizierung des Abkommens. Aber klar ist, die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards ist für uns nicht verhandelbar. Deshalb ist eben auch das angesprochene Splitting für uns nicht verhandelbar. Und wir sind der Meinung, dass bei einem Splitting die demokratischen Mitbestimmungsrechte ausgehebelt würden, denn, das wurde auch schon angedeutet, wenn nur der Handelsteil verabschiedet würde, dann würden auch die nationalen Parlamente nicht mit am Tisch sitzen. Wir sind aber der Meinung, dass die Debatte tatsächlich breit geführt werden muss, gesellschaftlich geführt werden muss, um eine sozial gerechte Gestaltung der Globalisierung auch in der vielbeschworenen Zeitenwende, zu gewährleisten. Das ist zeitlich langwieriger. Das ist uns auch bewusst, aber eben auch für den Erfolg unerlässlich. Unter diesen Bedingungen sprechen wir uns aber eher für eine zügige Zustimmung des Europäischen Parlaments aus, denn es geht um ein wichtiges Signal in Richtung Nachhaltigkeit, Multilateralismus, Fortschritt und Demokratie.

Der **Vorsitzende**: Ein schöner Satz. Danke schön, Herr Dr. Treier.

SV **Dr. Volker Treier** (DIHK): Danke schön. Danke auch für die Zeit, die mir Frau Clodius gelassen hat. Die Dringlichkeit ist hoch. Seitens der Unternehmen habe ich das beschrieben. Angesichts der Anzahl und hohen Bewertung unserer eigenen Ziele – Energiewende, Mobilitätswende, Digitalisierungswende – ist sie auch hoch, weil der Mercosur unser privilegierter Partner ist. Wenn wir zum Beispiel Brasilien nehmen, dann sehen wir, die Alternative ist China. Die investieren dort mit Abstand am meisten, gemessen daran, was China weltweit investiert. Die Timeline ist sehr eng und wir haben den EU-CELAC-Gipfel. Wir haben die Wahl in Argentinien, der Botschafter weiß das besser als ich. Wir haben die Übernahme der G20-Präsidentschaft Ende 2023 durch Brasilien, der Zeitdruck ist also hoch. Ich will nur eines nachreichen, weil Herr Holterhus das gesagt hat: Es

gibt im jetzt vorliegenden Text ein besonderes Streitschlichtungsverfahren. Das ist wenig verbindlich, das ist richtig. Der Vorwurf, den wir von der Mercosur-Seite, insbesondere von den brasilianischen Unterhändlern, gehört haben: Ihr habt zwischenzeitlich Sanktionsbewährung eingeführt durch den Deforestation Act, durch das Lieferkettenzollverpflichtungsgesetz, durch Taxonomie ... und das war der Punkt, wo ich gesagt habe, da sei aus der Perspektive des Mercosur schon eine Sanktionsbewährung drin.

Der **Vorsitzende**: Ok, und wenn sich die IHK und die IGBCE dem Grunde nach einig sind, könnte man vielleicht nach 20 Jahren irgendwo einen Weg finden, es ist vielleicht gar nicht so schlecht. Herr Dr. Kaufmann, bitte.

Abg. **Dr. Malte Kaufmann** (AfD): Vielen herzlichen Dank. Ich wollte jetzt gerade gleich noch einmal in die Kerbe hauen, die gerade genannt wurde. Wir haben jetzt oft gesprochen über die Sicht der Europäischen Union. Aber aus der Sicht des Mercosur: Was gibt es denn da jetzt noch für Knackpunkte? Brasilien und Argentinien haben gesagt, dass noch nachverhandelt werden soll. Herr Treier, vielleicht können Sie noch ein bisschen ausführen, was aus der Sicht der Mercosur-Staaten noch verbesserungsbedürftig ist und ob das auch in diesem Jahr noch so verhandelt werden kann.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Treier, bitte.

SV **Dr. Volker Treier** (DIHK): Ich hoffe, dass wenig verbesserungswürdig ist. Wenn wir das Abkommen wieder aufschnüren, dann kriegen wir es nicht mehr zu und bekommen es überhaupt nicht ratifiziert. Das ist das Problem. Und ich glaube, wir sollten darauf setzen, dass nämlich ... Ich habe eine Vielzahl von Gesprächen, und von einer großen Organisation, mit Kira Potowski heute hier vertreten, die in Montevideo sitzt, hören wir, dass gerade die Mercosur-Seite sagt: Hört jetzt auf, von eurer Seite nachzuverhandeln! Wir haben lange hier verhandelt. Wir haben eher die Tendenz, dass in manchen Ländern wie in Brasilien das, was bislang verhandelt ist und ökonomische Vorteile aus unserer Sicht für beide Seiten liefert, zu Hause nicht mehr so verkauft werden kann und dass eher protektionistischer vorgegangen wird. Also dass die Beschaffungsmärkte Brasiliens zum Beispiel jetzt doch nicht geöffnet werden sollen. Dass Regeln wie wir sie beim IRA mit den Local Content-



Vorschriften bei unserem wichtigsten transatlantischen Verbündeten sehen, die die inländische Wertschöpfung dort begünstigen sollen, dass die wieder vielleicht auch in das Mercosur-Abkommen Einzug halten sollen – man braucht längere Fristen und will also Wertschöpfung im Inland halten zu Lasten dann des an der Stelle ja hoffentlich privilegierten Handelspartners in der Europäischen Union. Also deshalb ist das, was da liegt, jetzt in der Dringlichkeit so hoch, möglichst rasch ratifiziert zu werden, so wichtig. Und es wäre ein gangbarer Weg, die berechtigten Interessen des Nachhaltigkeitskapitels nochmals verdeutlicht herauszunehmen, im Zusatzprotokoll verbindlich zu machen, hier aber nicht zu überziehen und die Zeitschiene nicht zu gefährden.

Der **Vorsitzende**: In Norddeutschland heißt es ja „irgendwann muss man auch zu Potte kommen“. Das ist jetzt schwer zu übersetzen, glaube ich. Bernhard Loos, bitte.

Abg. **Bernhard Loos** (CDU/CSU): Danke. Meine Frage richtet sich an Dr. Kamin. Nun möchte ich Ihnen Gelegenheit geben, die Frage noch ein bisschen zu vertiefen, die auch mein Kollege Kuban vorhin gestellt hat. Letztendlich geht es bei dem Mercosur-Handelsabkommen nicht nur um den Handel, sondern es geht ja vor allem darum ... Die geopolitische Zielsetzung bei uns ist ja, den Einfluss Chinas im Mercosur-Handelsraum zu beschränken. Wie sehen Sie denn vor dem Hintergrund, dass China, das ja immer mehr nach vorne treibt, dass die Realisierung überhaupt möglich ist, auch vor dem Hintergrund, dass wir Forderungen haben, die jetzt zum Beispiel China in keiner Weise stellt. Es ist also vieles viel einfacher für die südamerikanischen Länder. Wie schätzen Sie die Chancen für die Realisierung überhaupt ein, also für die Zurückdrängung?

Sve **Dr. Katrin Kamin** (Ifw): Danke schön. Also, ich würde sagen, um es knapp zu halten: Wenn wir das Abkommen nicht ratifizieren, haben wir keine Chance, dem Vorpreschen Chinas in Südamerika Einhalt zu gebieten. Das heißt, wenn wir das wollen, wenn wir, wenn die Europäische Union, die Mitgliedstaaten das möchten, auch im Sinne einer europäischen Souveränität, einer Open Strategic Autonomy, unser geopolitisches Gewicht zu mehren, auch in dem Dreieck USA, China, Europa, uns unabhängiger zu machen von China

und den Fuß in Südamerika in der Tür zu haben, dann muss dieses Abkommen möglichst zügig durchgehen. Und jetzt würde ich die Zeit sogar gerne noch nutzen, nochmals auf die Sanktionsmechanismen einzugehen, jetzt wo ich noch Zeit habe. Und zwar möchte ich da gerne ein bisschen ein Gegenargument aus der Forschung bringen, denn es wurde empirisch bereits gezeigt, dass der Weg der Europäischen Union in Handelsabkommen auf Dialogprozesse, auf Beratung zu setzen und nicht wie die Amerikaner auf Sanktionsmechanismen, dennoch erfolgreich ist. Starke Handelspartner setzen dennoch Umweltstandards um, im Nachgang halt. Sie setzen sie nicht sofort um, so wie das bei Handelsabkommen mit den USA der Fall ist, aber sie setzen sie im Nachgang um. Das heißt, der Weg der Europäischen Union ist nicht weniger erfolgreich bei der Setzung von Umwelt- und Sozialstandards. Er ist nur vielleicht zeitverzögert, aber es findet dennoch statt, und das kann tatsächlich empirisch nachgewiesen werden.

Der **Vorsitzende**: Man sollte die Eigenverantwortung von Vertragspartnern nie unterschätzen, ja, und die Bereitschaft, sich selbst zu entwickeln. Herr Botschafter, ich kann Sie jetzt leider nicht zu Wort kommen lassen angesichts der Zeit-- es sei denn, Ihnen wird noch eine Frage gestellt, die Möglichkeit besteht noch. Die letzte Frage hat die FDP-Fraktion. Aber jetzt noch nicht, sondern vorher kommt noch einmal Bernd Westphal und dann kommt der Kollege Cronenberg. Und ich schätze, da könnten Sie eine Chance haben, nochmals zu Wort zu kommen. Bernd Westphal, bitte.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Frau Dr. Kamin, aber auch an Seine Exzellenz Herrn Brun, der dann durchaus die Chance hat, wenn Sie ihm vielleicht eine Minute überlassen, Frau Dr. Kamin.

Wir haben in der EU durchaus unterschiedliche Ansichten, was das Mercosur-Abkommen angeht. Wir brauchen da aber eine Mehrheit im Parlament und vor allem im Ministerrat. Wie sehen Sie die unterschiedlichen Haltungen – also Frankreich sehr kritisch, was landwirtschaftliche Produkte angeht. Ist das auszuräumen oder wie beurteilen Sie da diese Lage? Und vielleicht an den Botschafter die Frage: Sie haben noch einmal darauf hingewiesen, welche Vorteile das hat und



wie positiv Sie da gegenüberstehen. Sehen Sie denn auch in den anderen Mitgliedstaaten des Mercosur diese positive Haltung?

SVe **Dr. Katrin Kamin** (Ifw): Ich kann das sehr knapp halten. Ich kenne die einzelnen Haltungen der einzelnen Länder tatsächlich nicht im Detail. Natürlich gibt es Länder, die aufgrund des komparativen Vorteils des Mercosur im Agrarbereich da zögerlich sind. Ich glaube aber, das ist meine Überzeugung, auch als Geoökonomin an der Stelle, dass die wirtschaftlichen Aspekte wirklich übertrumpft werden von den geopolitischen Aspekten in diesem Zusammenhang, und deswegen wäre es wünschenswert, wenn die Mitgliedstaaten sich zügig einigen könnten.

Der **Vorsitzende**: Herr Botschafter, bitte.

SV S. E. **Fernando Brun** (Botschafter der Argentinischen Republik): Um das Thema Agrar mit dem Schwerpunkt Rindfleischexport zu vertiefen: Die Europäische Union senkt 84 Prozent der Sollsätze ihres Agrarmarktes in diesem Abkommen, aber nicht in den Bereichen, in denen der Vorteil des Mercosur größer ist. Für die Produkte von Interesse des Mercosur gelten dauerhafte Quoten. Bei Rindfleisch, zum Beispiel, sprechen wir von Quoten der Größe von einem Burger pro europäischem Einwohner. Denselben Maßstab gibt es für Geflügel, Honig, Reis, Käse, Mais. Einige dieser Quoten sind echt veraltet. Das Quotenkriterium wird nicht umgekehrt angewendet, das heißt, industrielle Waren, die aus der Europäischen Union importiert werden, sind keiner Quote unterworfen. Während das Abkommen Grenzen für Exportzölle und andere Steuern versteckt [beinhaltet] und damit den Handlungsspielraum der Wirtschaftspolitik und die Quellen der Steuereinnahmen für die Länder des Mercosur einschränkt, sagt der Text gar nichts über die Agrarsubventionen der Europäischen Union aus. Und das sorgt uns alle.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Und die letzte Frage, in dieser sehr interessanten Anhörung geht an Carl-Julius Cronenberg.

Abg. **Carl-Julius Cronenberg** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. In der Tat hat jetzt seine Exzellenz, Botschafter Brun, zum zweiten Mal die Gelegenheit noch eine Antwort zu geben. Meine Frage richtet sich an ihn. Wir bleiben in der

Landwirtschaft, die komparativen Vorteile von argentinischem Rindfleisch sind angesprochen worden, ein erfolgreiches Exportprodukt. Könnten Sie uns einmal einen Einblick geben in die Rinderhaltung in Argentinien und diese vielleicht auch vergleichen mit Haltungsbedingungen in Deutschland oder anderen Ländern der Europäischen Union?

SV S. E. **Fernando Brun** (Botschafter der Argentinischen Republik): Vielen Dank für diese Frage. Wie Sie alle wissen: Rindfleisch ist eines der wichtigsten Exportprodukte Argentiniens. Argentinien ist weltbekannt dafür, und sehr spezifisch hier in Deutschland dafür bekannt, und das argentinische Rindfleisch zeichnet sich durch hohe Qualität und Geschmack aus. In Argentinien werden die meisten Tiere auf freien Weiden gehalten und mit natürlichem Gras gefüttert, während sie in der Endphase, nur in der Endphase, mit Mais gemästet werden. Deswegen sprechen wir über Nachhaltigkeit, über Tiere, über Rindfleischproduktion in Argentinien. Das ist etwas, das Argentinien von anderen Regionen der Welt unterscheidet. Und wir schätzen alle die Bemühungen, die ermöglichen könnten, diese Quoten zu erhöhen. Noch einmal: Wir sprechen von Quoten, die nicht höher als ein Hamburger per EU-Einwohner sind.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Botschafter. Mit Ihrer Stellungnahme schließe ich diese öffentliche Anhörung. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, insbesondere natürlich bei den Sachverständigen für ihre interessanten und hilfreichen Beiträge. Bei Frau Potowski bedanke ich mich, dass sie so früh aufgestanden ist. Vielleicht sehen wir uns in Uruguay mal wieder, das ist nicht ausgeschlossen. Teile dieses Ausschusses, einzelne Kollegen werden möglicherweise sich vor Ort informieren, wie das mit diesem Abkommen weitergeht. Bedanken möchte ich mich auch bei allen Konferenztechnikern, Kameralen, die es ermöglicht haben, diese Anhörung auch entsprechend zu übertragen. Und ich möchte mich auch bei den Dolmetscherinnen bedanken, die jedenfalls zur Verfügung standen. Der Botschafter war so nett, Sie zu schonen. Umso dankenswerterweise haben wir zur Kenntnis genommen, dass Sie in Deutsch geantwortet haben. Und ich verabschiede mich natürlich auch von der



Öffentlichkeit. Denn gleich werden wir im Ausschuss hier an gleicher Stelle bis 13:00 Uhr noch unsere reguläre, nichtöffentliche Ausschusssitzung durchführen. Wir machen eine kurze Verschnaufpause. Zur regulären Sitzung, bitte ich dann, wie angekündigt, alle berechtigten und angemeldeten Besucher wieder in diesen Sitzungssaal. Die Zoomkonferenz beenden wir auch und starten dann mit Webex neu. Es war eine interessante Anhörung, und es gilt ja immer der alte Satz: Wir sind alle nicht klüger geworden, aber wir sind deutlich besser informiert über dieses Abkommen. Und es wurde ja von Frau Cunha zu Recht darauf hingewiesen: Politiker haben manchmal sehr schwierige Entscheidungen zu treffen, umso wichtiger ist, dass man sich vor solchen Entscheidungen, wenn sie wichtig sind, entsprechend ausführlich und umfangreich informiert. Dazu hat diese Anhörung beigetragen. Ich bedanke mich bei allen und schließe die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 10:38 Uhr



**Stellungnahmen der Sachverständigen als Anlagenkonvolut:**

<b>Lis Cunha</b> <b>A-Drs. 20(9)237</b>	<b>Anlage 1</b>
<b>Constanze Clodius</b> <b>A-Drs. 20(9)238</b>	<b>Anlage 2</b>
<b>Dr. Volker Treier</b> <b>A-Drs. 20(9)240</b>	<b>Anlage 3</b>
<b>Dr. Katrin Kamin</b> <b>A-Drs. 20(9)241</b>	<b>Anlage 4</b>
<b>Prof. Dr. Till Patrik Holterhus, MLE. LL.M. (Yale)</b> <b>A-Drs. 20(9)244</b>	<b>Anlage 5</b>